

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 10.01.2012**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Kleiner Saal,

Zeit:

17:00 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer	CDU	17:08 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Michael Sprung	CDU	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	17:08 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Thomas Felke	SPD	17:08 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Frau Martina Wildgrube	FDP	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Frau Claudia Cappeller	SKE	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Christian Feigl	SKE	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Ingo Kautz	SKE	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Dieter Lehmann	SKE	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Herr Dieter Schika	SKE	17:00 Uhr - 18:40 Uhr
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	17:00 Uhr - 18:40 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	DIE LINKE.
Frau Undine Klein	SKE
Herr Rainer Köhne	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung
Vorlage: V/2011/10117
Änderungsantrag zur Vorlage Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung (Vorlage-Nr.: V/2011/10117)
Vorlage: V/2012/10394
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Radwegverbindung zwischen Dörlau und Nietleben
Vorlage: V/2010/08956
- 5.2. Antrag der PDS-Fraktion zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung mit den Stadtumlandgemeinden als Pilotvorhaben
Vorlage: IV/2004/04648
- 5.3. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239
- 5.4. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung der sog. Roten Liste (V/2011/09449)
Vorlage: V/2011/10246
- 5.5. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur regelmäßigen Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen zu Bebauungsplänen
Vorlage: V/2011/10245
- 5.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten
Vorlage: V/2011/10247
- 5.7. Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens
Vorlage: V/2011/10214
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Mitteilung über den Stand zum Bebauungsplan Nr. 75.1 Dessauer Platz, SB-Warenhaus
- 7.2. Information zur Verkehrsberuhigung der Kleinen Ulrichstraße
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sängler eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Top 5.3 und Top 5.7 werden abgesetzt und im Februar behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Das Protokoll vom 08.11.2011 wurde abgestimmt. Das Protokoll vom 06.12.2011 wird im Februar beraten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung Vorlage: V/2011/10117

Herr Wendler erläuterte die Vorlage.

Herr Kautz fragte, warum das Gebiet nordöstlich ausgeklammert wurde.

Herr Wendler antwortete, dass dieses Gebiet bereits vom Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 65 Osttangente (Abschnitt 2) umfasst ist.

Herr Dr. Fikentscher warf ein, dass die Einwohner Bedenken wegen des ruhestörenden Lärms haben. Kann bei Gewerbeansiedlung eine Abstufung erfolgen?

Herr Wendler sagte, dass eine Abstufung grundsätzlich möglich aber schwierig auszuüben ist. Die Grenzwerte im Gewerbegebiet müssen so ausgelegt sein, dass ein Gewerbe faktisch noch ausgeübt werden kann. Wenn in der Nachbarschaft Wohnen vorhanden ist, dann ist der Schutzanspruch des Wohnens zu halten.

Herr Dr. Hannuschka sagte, dass Bauanträge für Wohnen in den letzten Jahren im Gewerbegebiet immer abgelehnt wurden. Problematisch sind alte Betriebe die sich lange im Leerstand befanden und in Teilen für Wohnen genutzt wurden während die gewerbliche Nutzung untergegangen ist. Über einen Bebauungsplan können auch solche „schleichenden“ Entwicklungen gesteuert werden.

Herr Lehmann fragte, ob die Möglichkeit besteht auch Teilgebiete festzusetzen.

Herr Wendler antwortete, dass bei einem derartig großen Bebauungsplan sehr wahrscheinlich Teilgebiete gebildet werden, eventuell sogar nochmals eine Teilung in eigenständige Bebauungspläne.

Herr Dr. Köck schlug vor, eine Veränderungssperre anzuwenden. Es sollte ein Vorkaufsrecht für freiwerdende Grundstücke geben. Die Grundstücksgrenzen sollten mit den tatsächlichen Nutzungsgrenzen in Übereinstimmung gebracht werden.

Herr Felke fragte, wenn der Bebauungsplan von der Stadtverwaltung erstellt wird, die Gutachten aber von außerhalb kommen, ob man eine Kostenplanung gemacht hat.

Herr Wendler sagte, dass es in der Haushaltsplanung für 2012 eine Anmeldung für Lärmschutzgutachten in Höhe von 20.000,- Euro für dieses Vorhaben gibt. Ein Lärmschutzgutachten kann die Stadtverwaltung nicht selber erstellen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass mit der veranschlagten Summe nur ein Teilgebiet des Bebauungsplanes bearbeitet werden kann.

Herr Sommer fragte, warum im Nordwest-Bereich in dem sich viele Verkehrsbetriebe befinden, die Firma Papenburg ausgespart ist.

Herr Wendler sagte, dass Bereiche betrachtet wurden, wo viel Leerstand ist, hier wird zunächst der besonders akute Handlungsbedarf gesehen.

Frau Capeller fand, dass es viele positive Nutzungsansätze für Wohnen und Gewerbe beispielsweise der Kreativwirtschaft gibt. Es gibt in der Stadt Halle keine anderen Gebiete die so sind. Es wäre schade, eine Mononutzung herbeizuführen. Gerade die Mischfläche ist reizvoll.

Herr Wendler wies darauf hin, dass für ca. 200 ha eine grundsätzliche Entscheidung zur Entwicklung zu treffen sei. Die angesprochenen Kleingewerbe reichen wahrscheinlich nicht aus, um ein Gebiet dieser Größenordnung insgesamt zu beleben. Bei dem Bebauungsplan Nr. 146 beispielsweise war ein großer Ausgleich nötig, weil bisher unversiegelte Flächen in Anspruch genommen wurden. In diesem Gebiet sind die Flächen nahezu vollständig versiegelt und könnten nachgenutzt werden. Es gibt unterschiedliche Standorte und Gebäude für gewerbliche Nutzung; und ein großes Flächenpotenzial im Bestand, dies ist ein Vorteil des Gebietes.

Herr Sänger erinnerte, dass es hier erst mal um einen Aufstellungsbeschluss geht.

Herr Dr. Köck sagte, die Aspekte sollten in den Planungszielen auftauchen. Betriebswohnungen sollen möglich sein.

Herr Dr. Köck stellte einen Änderungsantrag, mit dem Ziel, als Eingangsbereich das Quartier zwischen Fritz-Hoffmann-Straße, Berliner Straße und Helmut-von Gerlach-Straße an der Berliner Brücke in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr.155 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 191 ha.
Der Bereich zwischen Fritz-Hoffmann-Straße, Berliner Straße und Helmut-von-Gerlach-Straße wird in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 155 aufgenommen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag zur Vorlage Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebe-
standsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung (Vorlage-Nr.: V/2011/10117)
Vorlage: V/2012/10394**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 9
Enthaltungen 1
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Punkt 2 wird wie folgt ergänzt:

Der Bereich zwischen Fritz-Hoffmann-Straße, Berliner Straße und Helmut-von-Gerlach-Straße wird in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 155 aufgenommen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Radwegverbindung zwischen
Dörlau und Nietleben
Vorlage: V/2010/08956**

Herr Felke verwies darauf, dass neben den in der Stellungnahme der Stadtverwaltung dargestellten Probleme noch weitere Fakten, wie die erteilte Betriebsgenehmigung durch das Land Sachsen-Anhalt an die Deutsche Regionaleisenbahn (DER) nicht absehen lassen, in welchem Zeitraum diese Probleme geklärt sind, damit bezüglich des Radweges eine Entscheidung getroffen werden kann. Der Radweg sollte aber baldmöglichst hergestellt werden.

Herr Sieber warf ein, dass der Radweg in einer unbeleuchteten Senke liegt, er zu dunkel ist um eine genügende soziale Sicherheit zu gewährleisten. Er sprach sich für einen straßenbegleitenden Radweg aus.

Der Antrag wird vorerst auf unbestimmte Zeit zurückgezogen, bis sich an der Situation etwas ändert.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für einen Radweg zwischen den Stadtteilen Dörlau und Nietleben parallel zur Heidestraße/Salzmünder Straße umzusetzen und dem Stadtrat zeitnah einen entsprechenden Baubeschluss vorzulegen.

zu 5.2 Antrag der PDS-Fraktion zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung mit den Stadtumlandgemeinden als Pilotvorhaben
Vorlage: IV/2004/04648

Herr Dr. Köck, erklärte, dass Punkt 1 so eingetreten sei wie damals beschrieben, denn über den Stadt-Umland-Verband mit dem Ziel einer gemeinsamen Flächennutzungsplanung wurden die Umlandgemeinden einbezogen. Der Verband ist aber gescheitert. Punkt 2 ist mittlerweile überholt, denn das Planungsinstrumentarium ist nicht mehr neu. Und Punkt 3 hat sich erledigt, da die Refina-Projekte beendet sind.

Herr Felke warf ein, es sei sicher sinnvoll, gemeinsame Planungen mit den Umlandgemeinden anzustreben. Der Stadt-Umland-Verband sei aber auch daran gescheitert, dass seitens der Umlandgemeinden teilweise der Wille zur Zusammenarbeit fehlte.

Herr Golnik sagte, dass die Stadt an zwei Refina-Projekten beteiligt war und in Halle dazu auch eine Abschlussveranstaltung stattfand. Bezüglich Stadt-Umland-Verband wies er darauf hin, dass alle Bemühungen für eine gemeinsame Flächennutzungsplanung finanzielle Unterstützung seitens des Landes zu bekommen, vom Land abgewiesen wurden.

Im Ergebnis der Gemeindegebietsreform gibt es nunmehr nur noch sieben Nachbargemeinden, die aber flächenmäßig den gesamten ehemaligen Saalkreis plus das Gebiet der Gemeinde Schkopau umfassen. Dies muss bei der Entscheidung für einen gemeinsamen Flächennutzungsplan berücksichtigt werden. Zudem darf bezweifelt werden, dass es für einen gemeinsamen Flächennutzungsplan bei den Gemeinden eine Bereitschaft gibt. Im März wird es einen Termin mit den Bürgermeistern der sieben neuen Nachbargemeinden geben, in dem Möglichkeiten der Zusammenarbeit besprochen werden sollen. Dort kann auch das Thema Flächennutzungsplanung zur Sprache kommen. Im Planungsausschuss soll über die Ergebnisse dieses Gespräches berichtet werden.

Der Antrag wird vom Antragsteller für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,

1. den aus der Gemeindereform hervorgehenden Einheits- bzw. Verbandsgemeinden eine gemeinsame Flächennutzungsplanung gem. § 204 BauGB anzutragen;
2. bei der Landes- und der Bundesregierung um Förderung nachzusuchen, weil für das neue Planungsinstrument dringend bundesweit Erfahrungen gesammelt werden müssen;
3. eine Beteiligung am Fördervorhaben des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) „REFINA“ („Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement“) zu prüfen.

zu 5.3 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Fußwegekonzeption zu erstellen und dem Stadtrat bis Juni 2012 vorzulegen.

zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung der sog. Roten Liste (V/2011/09449) Vorlage: V/2011/10246

Herr Sommer sagte, dass die seit November 2010 vorliegende Liste der bedrohten Denkmale in der Antwort der Verwaltung so nicht gemeint war. Die Liste bedrohter Denkmale solle vielmehr mit Prioritäten versehen werden und verbindlich anschließend im Stadtrat beschlossen werden.

Herr Dr. Hannuschka sagte, dass ein Arbeitskreis seit einem Jahr darüber berät. Bei vielen Projekten gibt es Fortschritte. Einer Prioritätenliste würde das Landesamt für Denkmalpflege nicht zustimmen, da dieses die Denkmale im Wesentlichen gleichrangig sehe. Jetzt kann man unterstützen, wenn sich ein Investor für die Rettung eines Objektes interessiert, bei einer Prioritätenliste wäre man nicht flexibel.

Herr Lehmann fand die vorliegende Liste der bedrohten Denkmale gut, aber ohne Prioritäten.

Herr Felke sagte, dass eine Differenzierung schwierig wäre. Jedes Projekt, was innerhalb des Sanierungsgebietes liegt, müsste auf Platz 1 sein. Sinnvoll ist, in regelmäßigen Abständen eine Information im Planungsausschuss zu geben.

Herr Dr. Köck schlug vor, ähnlich wie im Tierreich ein Denkmal des Jahres zu küren, um gewisse Objekte in den Vordergrund zu stellen. Eine Information einmal im Jahr ist ausreichend.

Herr Feigl sagte, dass es keine Prioritäten in Sachsen Anhalt gibt. Man könnte einzelne Gründerzeitgebäude in der Liste hervorheben, aber keine Priorität setzen.

Herr Sommer änderte seinen Antrag, indem der 2. Punkt gestrichen werden soll und im Punkt 1 aufgenommen wird, dass jährlich eine Information im Planungsausschuss und im Kulturausschuss gegeben wird. Die Liste der bedrohten Denkmale ist in diesem Zusammenhang jährlich fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die im „Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude - "Rote Liste bedrohter Denkmale" **gemeinsam mit dem AKI, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie sowie der Verwaltung der Stadt Halle fortzuschreiben und jährlich dem Planungs- und Kulturausschuss vorzulegen.**
- ~~2. Innerhalb der Liste soll eine Prioritätenzuweisung nach dem seitens der Verwaltung gesehenen Handlungsbedarf erfolgen.~~

zu 5.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur regelmäßigen Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen zu Bebauungsplänen
Vorlage: V/2011/10245

Herr Sommer erklärte, das Ziel des Antrages sei, die Bebauungspläne den Bürgern verständlicher zu machen. Es sollte zu jedem Bebauungsplan eine öffentliche Veranstaltung geben.

Herr Dr. Köck teilte die Skepsis der Verwaltung. Diese Pflicht wäre nicht gut, nur bei besonderen Bebauungsplänen sollte dies im Beschluss aufgeführt werden.

Herr Wendler sagte, bei allen Verfahren, auch bei denen es vom Gesetz nicht vorgesehen ist, müsste es dann auch immer so gemacht werden. Es würde ein Automatismus entstehen, der nicht gewollt ist.

Herr Sänger und der gesamte Ausschuss schlugen vor, im Planungsausschuss einen Antrag auf eine öffentliche Veranstaltung zu einzelnen besonderen Bebauungsplänen zu stellen.

Herr Sommer modifizierte seinen Antrag, der den Vorschlag des Ausschusses beinhaltet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8

Nein-Stimmen 2

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, vor oder spätestens im Rahmen der öffentlichen Auslegung von Bebauungsplänen und des Beteiligungsverfahrens Bürgerinformationsveranstaltungen durchzuführen, in denen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geboten wird, den Bebauungsplan ausführlich dargestellt zu bekommen, so dass er auch für Fachkundige nachvollziehbar und verständlich wird.
2. Die Bürgerinformationsveranstaltungen sollen sofern es möglich ist, vor Ort im betreffenden Gebiet stattfinden.
3. **Die unter 1. und 2. genannten Zielstellungen sollen über Beantragung im Planungsausschuss für besondere Bebauungspläne erreicht werden.**

zu 5.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten
Vorlage: V/2011/10247

Herr Sommer erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Herr Dr. Köck sagte, dass im Planungsausschuss grundsätzlich auch Umweltfragen zu Planungen in der erforderlichen Qualität behandelt werden. Er verweist auf die ursprüngliche Praxis, eines gemeinsamen Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 1

Nein-Stimmen 8

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle zu erweitern, in dem die Empfehlungsrechte des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten um folgenden Punkt ergänzt werden:

- Beratung von Bebauungsplänen im Hinblick auf ihre Umweltverträglichkeit

zu 5.7 Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens Vorlage: V/2011/10214

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung eines elektronischen Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen. Zielstellung soll die Verringerung des Aufwandes für den Antragsteller und die Verwaltung sowie eine Beschleunigung der Verfahrensdauer durch Prozessoptimierung sein. Dem Antragsteller soll die Möglichkeit einer elektronischen Sachstands Auskunft eingeräumt werden.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Mitteilung über den Stand zum Bebauungsplan Nr. 75.1 Dessauer Platz, SB-Warenhaus

Herr Wandler informiert über den Stand des Bebauungsplanes Nr. 75.1.

zu 7.2 Information zur Verkehrsberuhigung der Kleinen Ulrichstraße

Herr Möbius berichtete über die Möglichkeiten einer Verkehrsberuhigung in der kleinen Ulrichstraße.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Die Anfragen vom Planungsausschuss im Dezember, werden im Februar im Planungsausschuss beantwortet.

zu 9 Anregungen

Herr Sommer regte an, die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs zum „Zukunftspreis für Halle 2025“ vorzustellen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 16.02.12

Frau Schönberg
Protokollführerin

Herr Golnik
amt. Amtsleiter

Herr Sänger
Vorsitzender